

Jahresbericht 2017 der Gruppe 1191/1529 „Lateinamerika-Gruppe“

Kolumbien

Vor einem Jahr erhielt Präsident Manuel Santos den Friedensnobelpreis dafür, dass er mit den Rebellen der „Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia“ einen **Friedensvertrag** abgeschlossen hatte, nach mehr als sechzig Jahren bewaffneter Auseinandersetzungen in Kolumbien,

Daran knüpften sich große Hoffnungen, die auch und vor allem vom Ausland geteilt wurden. Die Hoffnung auf eine Verbesserung des Investitionsklimas war auch sicherlich eine der Triebfedern der Regierung. Auch die zweite Guerilla-Organisation, das „Ejercito por la Liberacion Nacional“, trat nun in Friedensverhandlungen ein.

In Kolumbien selbst war die Meinung über den Verhandlungserfolg und die darin beschlossene Vorgehensweise sehr gespalten; schließlich war 2016 die Volksabstimmung über das zunächst vorgelegte Abkommen gescheitert, so dass der Vertrag erst nach Änderungen verabschiedet werden konnte.

Die **FARC zogen sich** aus den von ihnen besetzten Gebieten **zurück**, gaben ihre Waffen ab und gingen in Internierungslager zur Umschulung. Das dadurch entstandene Machtvakuum wurde gleich gefüllt durch paramilitärische Einheiten, die, Gewalt nicht scheuend, die ehemaligen FARC-Gebiete okkupierten. Die ELN versucht, dagegen zu halten. Das heißt, die gewalttätigen Auseinandersetzungen reißen nicht ab. Dies wird uns auch von der Friedensgemeinde San José de Apartadó bestätigt, deren Führer sich immer wieder Todesdrohungen seitens der Paramilitärs gegenüber sehen.

Diese Gemeinde baut auf ihrem Territorium verschiedene Früchte an, unter anderem Kakao. „**Chocolate de Paz**“ hieß der Film, den wir am 22. Juni zusammen mit der Amnesty-Hochschulgruppe gezeigt haben und in dem die sicherheitlichen und ökonomischen Probleme geschildert werden, denen sich die „Comunidad de Paz“ gegenüber sieht. Im Frühjahr wollen wir den Film noch einmal zeigen.

Am 18. 10. konnten wir die **Veranstaltung mit Tom Koenigs** nachholen, dem Grünenpolitiker, der von der Bundesregierung zum Beauftragten für den Friedensprozess ernannt worden war - , nämlich die Veranstaltung zusammen mit dem Diözesanrat der Katholiken und dem Institut LOGOI, die im vergangenen Dezember abgesagt werden musste, da Koenigs zur Feier des Friedensnobelpreises für Präsident Santos eingeladen worden war. Koenigs erläuterte die Schwierigkeiten des Friedensprozesses: Die sechs Millionen (!) Binnenvertriebenen wieder in ihre alten Rechte einzusetzen, dürfte nach seiner Ansicht scheitern. Zu groß sind die Schwierigkeiten, die früheren Besitzverhältnisse zu belegen, die jetzigen Nutzer zu vertreiben und vor allem sich gegen mächtige Gegenkräfte durchzusetzen. Hinzu kommen die Flüchtlinge aus Venezuela.

Das wichtigste landwirtschaftliche Produkt ist nach wie vor **Koka**. Die kolumbianische Regierung versucht, unterstützt durch die US-Regierung, gegen den Anbau vorzugehen. In der Vergangenheit hat man dies mit Versprühen von Herbiziden versucht; diese Praxis wurde allerdings von hohen kolumbianischen Gerichten verboten, so dass eine Bekämpfung vorhandener Plantagen wesentlich schwerer geworden ist. Die Gewinne aus dem Kokaanbau sind aber so verlockend, dass die Bauern Risiken auf sich nehmen, Der Vertriebsweg läuft statt über die FARC nun über die Paramilitärs, die auch schon bisher Koka-Geschäft waren. Für einen wirtschaftlichen Anbau anderer Produkte wie Kaffee, Bananen u.a. mangelt es außerdem an Strukturen in landwirtsch. Technik, Transport und Vertrieb.

Die kolumbianische Regierung fördert den Bergbau. Das ist zum einen der **Goldbergbau**, der von internationalen Konzernen im großen Maßstab betrieben wird. Dabei geraten die

Interessen der dort ansässigen Bevölkerung zu kurz. Wie man erahnen kann, werden auch die Umweltauflagen zwar vom Papier her, aber nicht in der Praxis befolgt. Noch schlimmer in ökologischer Hinsicht ist allerdings die Goldschürferie von meist illegalen Kleinunternehmen, die sich selbst und das Land mit Quecksilber vergiften.

Der **Kohlenbergbau** ist ein Pfeiler der Exportwirtschaft. Die Lagerstätten sind äußerst lukrativ. In der deutschen Importstatistik für Steinkohle steht Kolumbien an zweiter Stelle. Auch hier gibt es ähnliche Probleme mit der ansässigen Bevölkerung wie beim Goldbergbau. Hinzu kommt, dass vor allem indigene Bevölkerung sich auch spirituell mit ihrem Land verbunden fühlt. Die versprochene Verbesserung der lokalen Infrastruktur und der Beschäftigung bleibt aus.

Das Hauptproblem aber ist, wie schon oben gesagt, dass **die paramilitärischen Kräfte**, auch verschleiernd "bandes criminales" genannt, hinter denen aber mächtige Verbündete in Wirtschaft und Politik stecken, nicht ausgeschaltet werden. Es gibt allerdings einige unter ihnen, die aussteigen wollen, um die nachsichtige Behandlung von Bürgerkriegsbeteiligten im Rahmen des Friedensvertrages in Anspruch nehmen zu können.

Die **juristische Aufarbeitung der Vergangenheit** ist nach Einschätzung von Tom Koenigs gut geregelt, vor allem im Vergleich zu anderen lateinamerikanischen Staaten (Guatemala, San Salvador, Argentinien). Die Richterposten seien klug besetzt worden. Die Vergangenheit aufzuarbeiten, wird natürlich einige Zeit dauern. (In Deutschland gibt es heute noch Prozesse zum III. Reich!) Wichtig sei, dass die Angeklagten motiviert werden, ihre Schuld zu bekennen und dadurch eine Höchststrafe von acht Jahren Internierung bzw. Sozialarbeit erreichen; bei Verweigerung der Aussage droht ein reguläres Gerichtsverfahren.

Die FARC hat sich inzwischen als politische Partei aufgestellt. Bei den kommenden **Wahlen** im Frühjahr 2018 sind ihr pro Kammer fünf Sitze garantiert. Ob Präsident Santos' Partei an der Macht bleiben wird, ist fraglich und hängt natürlich auch von der weiteren Entwicklung ab. Teile des Friedensvertrages könnten durch die oppositionelle Partei um den früheren Präsidenten Uribe zurückgedreht werden, aber bei weitem nicht alle Vereinbarungen.

Kuba

Nachdem es in den vergangenen Jahren eine Annäherung zwischen der Obama-Regierung und dem kubanischen Regime gegeben hatte, sind diese Lockerungen durch Trump wieder zurückgenommen worden. Nach wie vor fließen aber durch den Tourismus Devisen ins Land, die neben der Regierung auch privaten Anbietern zugute kommen. Die Mehrheit der Bevölkerung geht dabei leer aus.

Die **Informationsfreiheit ist weiterhin unterdrückt**; im Gegenteil, neben den in den letzten Jahren üblichen Kurzzeitinhaftierungen für z.B. zwei Tage werden jetzt auch wieder Menschen zu längeren Haftstrafen verurteilt. Auch wenn der Zugang zum Internet stark eingeschränkt ist, finden Blogger doch immer wieder Wege in die Öffentlichkeit.

Im Februar wird es Parlamentswahlen geben. Der 86jährige Raúl Castro tritt vom Amt des Staatspräsidenten zurück, bleibt aber ZK-Sekretär und Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Eine Lockerung der restriktiven Politik ist fraglich.

Chelsea Manning

Am 17. 5. ist Chelsea Manning, die als Bradley Manning in den USA des Verrats militärischer Geheimnisse angeklagt und verurteilt worden war, nach einem Erlass des scheidenden Präsidenten Obama aus dem Gefängnis freigelassen worden. Zu dieser Gelegenheit machte das Stadttheater Aachen in Zusammenarbeit mit uns eine Veranstaltung mit Lesung und Szenen aus dem Stück "Die Radikalisierung Bradley Mannings".

Infostände/Türkei

Bei unseren Infoständen stand in diesem Jahr das Thema Türkei im Vordergrund. Zum einen ging es dabei um inhaftierte **Journalisten**. Die Türkei steht auf Platz 155 von 180 in der Rangliste der "Reporter ohne Grenzen". Der bekannteste Fall ist natürlich der des Deutschtürken Denis Yücel. In der Jahresmitte geriet allerdings Amnesty selbst in den Fokus: Im Juli wurde Taner Kılıç, Vorstandssprecher von Amnesty in der Türkei, verhaftet, im Juli zehn **Menschenrechtler** während eine Schulung festgenommen, darunter der Deutsche Peter Steudtner und die Generalsekretärin von Amnesty, Idil Eser. Während Taner Kılıç weiterhin in U-Haft sitzt, wurden die "Istanbul 10" freigelassen, sehen aber immer noch ihrem Prozess mit seinen absurden Anklagen entgegen.

Mit Unterstützung durch die Hochschulgruppe machten wir Infostände zu diesem Thema in AC-Brand (24. 6.), in Eschweiler (28. 10.), in Aachen am Tag des Ehrenamts (1. 10.) sowie während der Laufveranstaltung CampusRUN (30. 7.), die von der zu Amnesty gehörigen Gruppe "Aachen hat Ausdauer" durchgeführt wird.

Einen besonderen Stellenwert hat für uns die alljährliche **Mahnwache** zum Tag der Menschenrechte am 10. 12. vor der Aachener Nikolauskirche.

Geld

Jedes Jahr veranstaltet Amnesty Ende Mai eine Sammelwoche, in der wir in den Kneipen der Aachener Innenstadt sammeln. In diesem Jahr diente der Erlös wie im vergangenen zur

"Hilfe für traumatisierte Flüchtlinge". Viele Flüchtlinge sind durch die Ereignisse in ihrem Land, aber auch auf der Flucht traumatisiert und benötigen dringend psychiatrische Hilfe. In Deutschland kümmern sich elf psychosoziale Zentren um sie, die leider nur unzureichend von Staat und Krankenkassen unterstützt werden. Amnesty konnte ihnen auch in diesem Jahr mehr als 500 000 € zur Verfügung stellen.



Briefmarathon

Amnesty führt in der Zeit um den Tag der Menschenrechte, also dem 10. 12., einen internationalen sog. Briefmarathon durch. Zehn Fälle werden ausgewählt, für die weltweit Briefe geschrieben werden. Darunter sind in diesem Jahr auch die "Istanbul 10", also die verfolgten Menschenrechtler aus der Türkei (s.o.)

Am 12./13. 12. haben wir wie im Vorjahr zusammen mit unseren französischen Amnesty-Freunden im **Europäischen Parlament**

in **Straßburg** für unseren Briefmarathon (engl. "Write for Rights") geworben und dort ca. 500 Unterschriften unter Appellbriefe gesammelt. (s. Bild mit der stv. Parlamentspräsidentin Evelyne Gebhardt)

Wie im vergangenen Jahr haben wir Schulen aus der Region angesprochen, in **Schulklassen** zu diesem Thema zu arbeiten und Briefe zu verschicken. Die Zahl der teilnehmenden Schulen hat sich bundesweit auf 1000 Schulen verdoppelt! In unserem Bereich waren es mehr als zehn Schulen.